

reform vorerst ad acta gelegt zu sein scheint. Hierin ist unzweifelhaft ein konservativer Zug zu erkennen, zumal wenn es in der Begründung für die Rücknahme der Kurzzeichenliste von 1977 heißt, die Kommission für die Schriftreform habe seinerzeit noch nicht wieder "normal gearbeitet" (vgl. den Leitartikel in RMRB, 28.9.86). Mit anderen Worten, man ist heute der Meinung, daß in der Kommission damals die maotistischen Einflüsse noch zu stark waren. -st-

\*(17)

#### Zeitungen in Minderheitensprachen

Zur Zeit gibt es in China 84 Zeitungen für nationale Minderheiten, die in 17 verschiedenen Minderheitensprachen veröffentlicht werden. Dies wurde auf einer Tagung von Vertretern dieser Zeitungen, die Ende August 1986 in Hohhot stattfand, bekannt. Alle diese Zeitungen für Minderheiten, die in 830.000 Exemplaren vertrieben werden, werden von den örtlichen Regierungen betrieben. Zwei Drittel von ihnen erscheinen in Xinjiang, der Autonomen Region der Uiguren, und in der Inneren Mongolei, der Rest in Tibet, Liaoning, Jilin, Heilongjiang, Sichuan, Gansu, Qinghai und Yunnan (RMRB, 4.9.86; XNA, 2.9.86).

Die Zeitungen spielen in zweierlei Hinsicht eine wichtige Rolle. Zum einen tragen sie dazu bei, die kulturelle und religiöse Tradition der jeweiligen Minderheit zu bewahren, zum anderen geben sie Impulse für die Modernisierung der zumeist rückständigen Minderheitengebiete. -st-

#### AUSSENWIRTSCHAFT

\*  
\*  
\*\*\*\*\*

\*(18)

#### 5. Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses

In Anwesenheit von Zheng Tuobin, dem chinesischen Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, sowie Martin Bangemann, dem Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, wurde am 2. September 1986 in Beijing die 5. Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses eröffnet. Die Tagung dauerte bis zum 4. September 1986. Themen der Tagung waren die dynamische Weiterentwicklung und Intensivierung des bilateralen Warenaustausches zwischen den beiden Ländern, der schrittweise Abbau des beträchtlichen chinesischen Handelsdefizits und Maßnahmen zur Förderung aller Formen der industriellen Kooperation, vor allem von Joint Ventures.

Die Bundesrepublik Deutschland wird, so stellte es sich auf der Tagung dar, auch in Zukunft eine erste Adresse für den Import von Schlüsselausrüstungen, u.a. für die Erschließung von Energiequellen, die Sparten Transport und Verkehr, Elektronik, Maschinenbau und Telekommunikation, sein. Weitere neue Bereiche der Zusammenarbeit auf den Gebieten Flugzeugbau, industrielle Meerestechnik oder Umweltschutz haben gute Erfolgsaussichten. Die chinesische Seite betonte, neben der Fortführung der Wirtschaftsreform strebe China auch eine Reform des politischen Systems, des "Überbaus" der Volkswirtschaft, an.

Es herrschte Einigkeit darüber, die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen qualitätsmäßig auf eine höhere Stufe zu bringen. Daraus könne sich dann auch ein höheres Volumen ergeben, das die Aussichten zum Abbau des chinesischen Defizits im bilateralen Handel deutlich verbessere. Dies impliziere eine Intensivierung des reinen Warenaustauschs und eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Kooperation. In der Frage des Devisenausgleichs deutete sich eine partiell flexiblere Haltung der Volksrepublik China an. Davon können zunächst Gemeinschaftsunternehmen, die durch einen Absatz ihrer Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt import-substituierend tätig sind und demzufolge Devisen sparen helfen, profitieren.

Erwartungsgemäß war die Joint-Venture-Frage einer der Schwerpunkte der Gespräche der Gemischten Kommission. Der chinesische Außenwirtschaftsminister erkannte ausdrücklich die seit 1985 gemachten Fortschritte an. Mit fünf neuen Verträgen zur Errichtung gemeinschaftlicher Betriebe habe die Gesamtzahl jetzt zwölf erreicht. Diese Entwicklung sei zu begrüßen; der Stand entspreche aber nicht dem Handelsanteil. Bezogen auf die Gesamtzahl aller Joint Ventures habe die Bundesrepublik Deutschland daran einen Anteil von 0,5%, gemessen am investierten Kapital von 0,6%. Hier erhoffe man sich eine Fortsetzung des gegenwärtigen Aufwärtstrends.

Von deutscher Seite artikulierte vorschnelle zur Verbesserung des Investitionsklimas in China (transparente Gesetzgebung, Senkung der Lohnkosten, Minderung von Steuern und Abgaben, Landpachten) dürften ein weitgehend offenes Ohr gefunden haben zumal die International Businessmen's Association of Peking bereits vorher auf verschiedenen Wegen ähnliche, dringende Forderungen an die zuständigen chinesischen Behörden

gerichtet hatte (vgl. C.a., Juli 1986, Ü 22, S. 418 f.). Die Entwicklung der Joint Ventures (Anzahl der Gründungen, Kapitalhöhe, Herkunftsländ des Auslandskapitals, Sektor) in jüngerer Zeit signalisierte schon eine wachsende Diskrepanz zwischen chinesischen Vorstellungen zu solchen Unternehmen einerseits und den auch auf Vergleichen mit anderen Ländern der Region basierenden Erwartungen potentieller ausländischer Investoren andererseits. Es wurde auf chinesischer Seite wohl erkannt, daß auf dem internationalen Markt für Kapitalinvestitionen Wettbewerb herrsche, der Anbietern wie Nachfragern Spielräume gewähre, ihnen aber ebenso Einschränkungen auferlege. Sowohl Außenwirtschaftsminister Zheng Tuobin als auch die Vizepremier Li Peng und Lin Zongtang bekräftigten die Entschlossenheit der Volksrepublik zur Verbesserung der Investitionsbedingungen. Der bisher durch die unterschiedliche prinzipielle Ausgangslage bei der Gründung von Joint Ventures vorprogrammierte Interessenkonflikt kann durch die Möglichkeit des Inlandsabsatzes entschärft werden. Schließlich sollen auch solche Gemeinschaftsunternehmen, die mit ihren Erlösen chinesische Erzeugnisse kaufen und nicht ins Ausland transferieren, nicht näher spezifizierte Vorzugsbedingungen erhalten.

Von chinesischer wie deutscher Seite wurde auf die wirtschaftlichen Chancen einer Kooperation beider Länder auf Drittmärkten im pazifischen Raum hingewiesen. Man wolle dort, so Lin Zongtang, nicht als Konkurrent deutscher Unternehmen, sondern so bald wie möglich als deren Partner auftreten.

Die Reduzierung des vorwiegend strukturell bedingten Handelsdefizits wurde von chinesischer wie deutscher Seite als gemeinsames Problem erkannt. Beide Parteien betonten die Notwendigkeit einer schrittweisen Lösung, an der jedes Partnerland gleichermaßen beteiligt sein müsse. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß das langfristig nicht vertretbare Minus weniger durch geringere Importe Chinas als vielmehr intensivierte Exporte ausgeglichen werden sollte. Dazu bedürfe es, so Zheng Tuobin, großer eigener Bemühungen, aber auch deutscher Hilfe. Der Warenverkehr müsse sich zuungunsten agrarischer und tierischer Erzeugnisse in Richtung auf Produkte des Verarbeitungssektors verändern. Nicht ganz zufrieden sei man mit der deutschen Preisgestaltung. China wünsche, daß aus Erdöl- und anderen Vorimporten resultierende Kostensenkungen in deutlicherer Weise als bisher weitergegeben würden. Aufgrund der Veränderungen

gen der Währungsrelationen würden deutsche Waren im Lande zunehmend teurer.

Durch die Erschließung von Absatzchancen für chinesische Ausfuhren im nichttraditionellen Produktbereich (u.a. bei NE-Metallen, Bauelementen, Maschinenbauerzeugnissen, Baumwollgeweben) könnten sich, so die deutsche Seite, Chancen ergeben. Es müsse jedoch sichergestellt sein, daß die Angebotspalette den Erfordernissen des deutschen Marktes qualitativ und in anderen Belangen genüge. Vorhandene Spielräume im Segment traditioneller Waren seien zu aktivieren, zum Teil noch bestehende administrative Hemmnisse (schwerfällige Verfahren, lange Hafentiegezeiten, Liefertermine, Nichteingehen auf Spezifikationen usw.) sollten minimiert werden.

Li Peng betonte die Exportfähigkeit der Volksrepublik China bei Kraftwerkskohle. Sie könne langfristige und preisgünstige Lieferungen anbieten und hoffe auf konkrete Gespräche zwischen den deutschen Unternehmen und zuständigen chinesischen Exportgesellschaften. Die Ausweitung der Kohlerzeugung von 850 Mio.t 1985 auf rd. 1 Mrd.t im Jahre 1990 erfordere, so Kohleminister Yu Hongen, die Installation neuer Schacht- und Tagebauanlagen, einen generell höheren Mechanisierungsgrad der Gruben und eine Verbesserung der Aufbereitungsverfahren. Die Veredelung von Kohle gewinne zunehmend an Bedeutung. Sein Land werde jedoch bemüht sein, insbesondere Gewinnungsanlagen soweit wie möglich selbst zu bauen. Es sei wünschenswert, Anlagenlieferungen mit chinesischer Kohle zu kompensieren. (NfA, 15.9.1986) -lou-

\*(19)

#### **Vertrag für Nuklearkraftwerke in Daya abgeschlossen**

In Beijing wurden am 23.9.1986 die Verträge für das bislang größte chinesische Kooperationsprojekt mit ausländischen Firmen unterzeichnet; für rd. 2,5 Mrd. US\$ soll in der Nähe der britischen Kronkolonie Hongkong - in der Bucht von Daya - in den nächsten sechs Jahren ein Nuklearkraftwerk mit einer Gesamtleistung von 1.800 MW errichtet werden. An dem Projekt sind neben der chinesischen Guangdong Nuclear Power Joint Venture Co. die französische Firma Framatome und die britische Firma General Electric Co. beteiligt.

Westliche Beobachter rechnen damit, daß die zuständigen chinesischen Behörden ihre Zustimmung zu dem Projekt, das den produzierten Strom hauptsächlich nach Hongkong liefern soll, bereits Anfang Okto-

ber 1986 geben werden. Der Vertragsunterzeichnung waren rund acht Jahre zäher Vertragsverhandlungen vorausgegangen.

Im August hatten sich rd. 1 Million Bewohner von Hongkong noch mit einer Petition gegen den Bau des Atomkraftwerkes gewehrt (vgl. dazu C.a., August 1986, Ü38, S.497f.). Aus Hongkong hatte es geheißen, der geplante Reaktor sei technisch mit dem Unglücksreaktor von Three Mile Island in Harrisburgh vergleichbar.

Für die französische Kernkraftgesellschaft Framatome sei dies der größte Auftrag seit fünf Jahren, so hieß es vom Unternehmenschef in Beijing. Außerdem habe die Electricite de France einen Auftrag über Konstruktions- und Kooperationsaufgaben im Werte von 1 Mrd. Ffr unterschrieben. Dazu gehören auch die Ausbildung von chinesischen Arbeitern.

Der britische Elektrokonzern General Electric hat die Lieferung von Turbinen und anderer Ausrüstungsgegenstände für das Nuklearkraftwerk im Werte von rd. 495 Mio. Pfund Sterling übernommen.

Der größte Teil der Finanzierung des Atomkraftwerkes wurde ebenfalls am 23.9.1986 zwischen der Bank of China und einer Gruppe französischer sowie einer Gruppe britischer Banken vereinbart. Unter der Führung der Midland Bank stellen demnach insgesamt 10 britische Banken mit 421 Mio. Pfund Sterling rund 85% der für den Kontrakt mit General Electric benötigten Summe zur Verfügung. Die Bedingungen für diesen Kredit seien nach Angaben eines Sprechers der Baufirma Guangdong Nuclear Power Joint Venture Co., an der der chinesische Staat zu 75% beteiligt ist, identisch mit denen des Kredits, der von insgesamt sechs französischen Banken unter der Führung der Banque Nationale de Paris gegeben worden ist. Demnach müssen die Kredite nach sieben zinsfreien Jahren in 15 Jahren bei einem Zinssatz von 7,4% zurückgezahlt werden.

Trotz aller Risiken wolle China nicht auf die Kernenergie verzichten. Dies betonte Ministerpräsident Zhao Ziyang nach der Unterzeichnung der Verträge mit den französischen und britischen Firmen sowie den Banken. Tags zuvor hatte er erklärt: Nach dem Zwischenfall von Tschernobyl sollte der Sicherheit von Kernanlagen noch größere Beachtung geschenkt werden, die Einstellung des Landes zur Entwicklung der Kernkraftindustrie ändere sich jedoch dadurch nicht. Der Minister für Kernkraft, Jiang Xinxiong, erklärte Anfang Septem-

ber auf einer Pressekonferenz, daß die chinesische Regierung die Sicherheit des kontroversen Projektes bei Hongkong "voll garantieren" werde. Des weiteren teilte er mit, daß Entscheidungen über dieses Projekt auf "vorsichtigen wissenschaftlichen Untersuchungen" gründeten und daß sie nicht die Meinung eines einzelnen seien. Dem Minister zufolge sei die Regierung auch "extrem vorsichtig" bei der Wahl des Standortes gewesen. (XNA, 6.9.1986; AWSJ, 24.9.1986; XNA, 23.9.1986, zit. nach SWB, 25.9.1986)

Wie eine Regierung bzw. Wissenschaftler die Sicherheit eines Nuklearkraftwerkes "garantieren" können, bleibt unerfindlich. Die "extrem vorsichtige" Wahl des Standortes kann simpel mit ökonomischen Überlegungen erklärt werden. Das Projekt soll einen großen Teil des Stroms nach Hongkong liefern, deshalb können keine zu großen Leitungsverluste in Kauf genommen werden. -lou-

\*(20)

#### **Fiat-Tochter liefert Lastwagen in die Volksrepublik**

Die der Fiat-Gruppe angehörende Iveco B.V. Gesellschaft und die Automobilfabrik von Nanjing haben einen Vertrag über den Transfer von Produktionstechnologie für leichte Lastwagen und die technische Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten unterzeichnet. Entsprechend diesem Vertrag wird die Nanjinger Firma, drittgrößter Automobilproduzent in China, fünf Jahre lang jährlich 60.000 leichte Lastwagen herstellen. Der Motor und alle anderen Teile der Lastwagen werden in Nanchang, Nanjing, Ningbo und Hangzhou hergestellt werden.

Dieser Vertrag ist ein wichtiger Markstein im Rahmen des 2. und 3. Dreijahres-Zusammenarbeitsprogramms (1984-89) zwischen den Regierungen der Volksrepublik China und Italien. Um dieses Programm zu unterstützen, hatte die italienische Regierung 7 Mio. US\$ als Geschenk bereitgestellt, 110 Mio. US\$ als Kredit zu günstigen Bedingungen sowie 100 Mio. US\$ als Exportkredit. Die Iveco wird chinesische Arbeiter, Techniker und Manager ausbilden. Sie wird ebenfalls Experten nach China senden, um technische Anleitungen zur Verfügung zu stellen.

Die leichten Lastwagen sollen sowohl im Inland als auch im Ausland vermarktet werden. Es werden insgesamt 29 Modelle hergestellt mit Transportkapazitäten von 1 bis zu 3 t. (XNA, 13.9.86; AWSJ, 15.9.86) -lou-

\* (21)

**Devisensituation durch Goldverkäufe entlastet**

Ende Juli 1986 betragen die chinesischen Devisenreserven nach offizieller Quelle 10,473 Mrd.US\$. Sie waren damit (entgegen einer Prognose der Neuen Züricher Zeitung) gegenüber dem Stand von Ende März 1986 leicht angestiegen (10,348 Mrd.US\$). Die Auslandsschulden der Volksrepublik wurden für Juli 1986 mit 6,599 Mrd.US\$ beziffert, gegenüber der genannten Vergleichsperiode war hier ein Anstieg zu verzeichnen.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1986 verkaufte die Volksrepublik über Hongkonger Kanäle ca. 10t Gold im Gegenwert von ca. 220 Mio.sfr. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatten die Goldverkäufe nur etwas mehr als den Gegenwert von 3 Mio.sfr erreicht.

Nach einer dem Internationalen Währungsfonds gegenüber abgegebenen Erklärung der Volksrepublik, die bisher nicht veröffentlicht worden ist, soll die Marge für die Bedienung der Auslandsschulden nicht mehr als 15% der Deviseneinnahmen betragen; gegenwärtig liegt dieser Satz bei ca. 7%.

Nach Angaben japanischer Beamter habe der chinesische Staatskommissar Zhang Jingfu einer Delegation der Japan-China Association on Economy and Trade erklärt, daß die Volksrepublik die Goldproduktion beträchtlich erhöht habe und Gold im Austausch für japanische Importe anbieten wolle. Wie ein Beamter mitteilte, sei es für die japanischen Unternehmen attraktiver, Gold als chinesische Waren zu bekommen, die sie in Japan und auf Drittmärkten nicht verkaufen könnten. Das angebotene Gold mit einem Reinheitsgrad von 99,9% soll die Form von Schmuck haben. Um den internationalen Reinheitsgrad für Gold von 99,99% zu erreichen, müßten die Japaner das Gold verarbeiten lassen, um es weiterverkaufen zu können.

China veröffentlicht keine Zahlen über eine Goldproduktion. Seit Jahren werden die Goldreserven mit 126,7 Mrd. Feinunzen als konstant angegeben. (Zhongguo Jinrong, Nr.9, 1986; NZZ, 26.9.1986; Financial Times, 30.9.1986) -lou-

\* (22)

**Ausländergeld, Kreditkarten und Reiseschecks**

Die für den 1.10.1986 angekündigte Abschaffung des sogenannten Ausländergeldes (Foreign Exchange Certificates, FEC) ist verschoben worden. Dies gab ein Sprecher der Bank of China bekannt. Es werde zwar an der Absicht festgehalten,

Tabelle: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG VON SHENZHEN 1985

	1985	% Veränd. gegenüber 1984
<b>Allgemeine Indikatoren</b>		
gesamter Bruttoproduktionswert (Mrd.Y)	6,50	33,0
Bruttoproduktionswert u. Industrie u. Landwirtschaft (Mrd.Y)	2,68	55,9
Brutto-Nationaleinkommen (Mrd.Y)	2,50	23,6
Pro-Kopf-Einkommen (Stadt, 1.000 Y)	1,94	n.a.
Fiskal-Einkommen (Mio.Y) a)	889,00	73,4
Steuer-Einnahmen		130,0
Devisen-Einnahmen (Mio.US\$)	1.030,00	n.a.
darunter:		
- Tourismus	214,00	32,2
- Exporte	563,40	112,0
Arbeitskräfte (1.000)	226,60	43,3
<b>Ausländische Fonds</b>		
abgeschlossene Verträge (Mrd.US\$)	1,02	58,9
darunter: implementiert (Mio.US\$)	329,00	43,1
<b>Anlageinvestitionen (Mio.Y)</b>		
fertiggestellte Infrastrukturinv.	2.760,00	68,7
darunter:		
- Industrie	590,00	57,6
- Transport u. Telekommunikation	188,00	88,0
- Handel	440,00	82,6
- Erziehung und Gesundheit	170,00	30,5
- städtische Einrichtungen	270,00	n.a.

a) einschl. Subventionen d. Provinz in Höhe v. 20,18 Mio.Y.

Quelle: **Intertrade**, June 1986, S. 81 und July 1986, S. 65.

die hauptsächlich von Ausländern und Unternehmen verwendeten, auf Yuan lautenden Zertifikate einzustellen, doch sei der Zeitpunkt dafür offen. Ursprünglich sollten die Zertifikate mit Ablauf des 30.11.1986 für ungültig erklärt werden. Der Sprecher begründete die Verschiebung damit, daß offizielle Stellen noch darüber diskutierten, wie Devisen bzw. Sorten künftig gehandhabt werden könnten.

Die Bank of China will die äußerst erfolgreiche lokale Kreditkarte für Beijing, "Große Mauer", auch für Ausländer einführen und landesweit zulassen. Die Kreditkarte war in den vergangenen drei Monaten bereits an ausländische Geschäftsleute, Diplomaten und andere vergeben worden. Sie konnte jedoch nur in bestimmten Restaurants, Hotels, Geschäften und Büros der nationalen Fluggesellschaft in Beijing verwendet werden. Das Kreditkartensystem wurde auch auf Tianjin ausgeweitet; Shanghai, Guangzhou sowie möglicherweise alle großen chinesischen Städte sollen folgen. Unter Berufung auf einen Sprecher der Bank berichtete die China Daily, die Karte solle in nächster Zukunft auch internationale Geltung bekommen.

Aufgrund verschiedener Neuregelungen im Bankenwesen werden nun auch an chinesische Bürger Reiseschecks ausgegeben. Die neuen Reiseschecks sind in 40 Bankfilialen in zehn wichtigen Städten zu erhalten.

Die Reiseschecks können in allen diesen Filialen eingelöst werden; die Stückelung ist wie folgt: 100, 500 und 1.000 Yuan. Wie Frau Chen Muhua, die Präsidentin der Volksbank von China, mitteilte, sollten die Reiseschecks so schnell wie möglich im ganzen Land eingeführt werden. (NfA, 24.9.1986; China Daily, 17.9.1986; Financial Times, 30.9.1986) -lou-

\* (23)

**Weiterhin begrenzte Ölausfuhren**

Wie der Präsident der Nationalen Import- und Exportgesellschaft für Chemikalien der Volksrepublik mitteilte, wird die Volksrepublik auch im zweiten Halbjahr 1986 ihre Ölexporte reduzieren, und zwar um 2 Mio.t. Dies solle die Bemühungen der OPEC unterstützen, die Weltölpreise zu stabilisieren. (XNA, 11.9.1986) -lou-

\* (24)

**Sonderwirtschaftszonen: mühsame Entwicklung**

Sieben Jahre nach Gründung der Sonderwirtschaftszonen hat sich für die Führung in Beijing herausgestellt, daß die ursprünglich mit den Zonen verbundenen Ziele nicht so schnell wie geplant erreicht werden konnten. Gegenüber anderen Wachstumsgebieten, wie den entwickelten Städten Tianjin, Shenyang, Shanghai beispielsweise, haben die Sonderwirtschaftszonen einen schweren Stand. Die Zentrale übt nun eine stärkere Kontrolle über die Zonen aus, wichtige Kapi-

talallokationen gehen jedoch an andere industrielle Gebiete. Nach Ansicht professioneller Beobachter in Hongkong haben die Zonen bislang nur Verluste eingefahren. Die Verluste sollen reduziert werden, ein stärkeres Eingreifen der Zentrale könnte jedoch im Ausland als Veränderung der Außenwirtschaftspolitik interpretiert werden, so daß sich die Eingriffe in Grenzen halten werden.

Die größte Sonderwirtschaftszone Shenzhen mußte immer in Zusammenhang mit Hongkong gesehen werden. In der Anfangsphase wurde die Entwicklung dort durch Immobilienspekulationen seitens Hongkonger Investoren dominiert. Nach dem Zusammenbruch dieses Marktes i.J. 1982 wurde Shenzhen ein Handelsplatz für den Verkehr zwischen den verschiedenen chinesischen Provinzen und Unternehmen in Hongkong. Diese Aktivitäten trugen zum finanziellen Wachstum Shenzhens bei.

Die industrielle Entwicklung Shenzhens ist im wesentlichen nicht über die Stufe der Niedrigtechnologie (Montage) hinausgewachsen. Immer noch sind die Energiezufuhr und die Versorgung mit anderen Dienstleistungen unzulänglich. Investoren beklagen unklare rechtliche Regelungen, schlecht ausgebildete Arbeitskräfte und hohe Kosten. Den lokalen Kadern in Shenzhen weht nun "ein kalter Wind aus dem Norden" ins Gesicht.

Die Tabelle "Wirtschaftliche Entwicklung von Shenzhen 1985" gibt nur einen rohen Überblick über die Lage in der Sonderwirtschaftszone. Um die verschiedenen Schwachstellen besser analysieren zu können, wären detailliertere Statistiken nötig.

Die Entwicklung der Industriezone Shekou innerhalb der Sonderwirtschaftszone kann jedoch als moderater Erfolg eingeschätzt werden. Dies hat besondere Gründe. Shekou wurde i.J. 1979 als "Industriezone" deklariert. Die Finanzierung und Verwaltung wurde von der China Merchants Steam Navigation Corp., einem Regierungsunternehmen unter dem Kommunikationsministerium, das in Hongkong ansässig ist, übernommen. Diese Gesellschaft wurde vor 116 Jahren in Shanghai gegründet und ist eine der ältesten und größten staatlichen Gesellschaften der Volksrepublik mit einem Anlagevermögen von 1,02 Mrd. US\$. Seit 1949 operiert die Gesellschaft von Hongkong aus. Auf diese Weise war es ihr möglich, fähige, mit westlichen Geschäftspraktiken vertraute Manager heranzubilden.

China Merchants gelang es, Shekou von der Immobilienspekulation freizuhalten. Die wichtigsten Inve-

stitutions- und Exportziele sind dort erreicht worden. Der ausländische Anteil an den bislang investierten 330 Mio. US\$ beträgt 50%, verglichen mit nur 20% in Shenzhen. Zwei Drittel des gesamten Ausstoßes von Shekou in Höhe von 200 Mio. US\$ wurden exportiert, die anderen Sonderwirtschaftszonen exportierten nur ca. 30% der Produktion.

Neben einfachen Elektronikartikeln, Textilien und Spielzeugen produziert Shekou auch Stahl, Aluminium und einige industrielle Zwischenprodukte.

Der China Merchants ist es auch gelungen, die Energieversorgung in Shekou durch ein Elektrokabel aus Hongkong besser zu gewährleisten. Shekous Autonomie ist auch sorgfältig gewahrt worden. China Merchants gründete vor fünf Jahren eine Managementschule, aus der bislang ca. 300 Graduierte hervorgegangen sind.

Die Sonderwirtschaftszone Zhuhai hat mit ernststen Mängeln bezüglich der Transportverbindungen zu kämpfen. Es gibt noch keine Eisenbahnverbindung, und eine neue Autobahn in Richtung Guangzhou wird erst in drei bis fünf Jahren fertiggestellt sein.

1985 betrug der gesamte Output in Zhuhai ca. 250 Mio. US\$, das war weniger als die Hälfte der Summe, die für Wasser- und Abwassersysteme, Energieerzeugung und andere Infrastrukturprojekte ausgegeben werden mußte. Der größte Teil der Investitionen in Höhe von ca. 210 Mio. US\$ in Zhuhai kommt von Unternehmern aus Hongkong und Macau. Nach den Untersuchungen einer japanischen Bank sind trotz der unzulänglichen Bedingungen in Zhuhai die Kosten fast so hoch wie in Hongkong, was die Geschäftstätigkeit behindert. Zhuhai reduziert nun die Steuern für Joint Ventures sowie Unternehmen im alleinigen Besitz von Ausländern; auch die Landpachten sind ermäßigt worden. (IHT, 11., 12. und 16.9.86) -lou-

\*(25)

#### **Wirtschaftliche Erfolge der 14 offenen Küstenstädte**

In den letzten beiden Jahren wurden in den 14 offenen Küstenstädten Verträge für mehr als 1.200 Projekte, die Direktinvestitionen von Ausländern involvieren, unterzeichnet. Die Gesamtsumme der Auslandsinvestitionen hat 2,9 Mrd. US\$ erreicht, von denen mehr als 500 Mio. \$ bereits implementiert worden sind, das ist 4mal so viel wie der Gesamtbetrag für die Fünfjahresperiode bis zum Jahre 1983. Die Produktion von Exportgütern hat ebenso beträchtlich zugenom-

men. Beispielsweise betrug die Summe der Exportgüter in Lianyungang i.J. 1983 nur 87 Mio. Yuan, i.J. 1985 war die Exportgütermenge auf mehr 114 Mio. Yuan angestiegen. Im 1. Halbjahr 1986 wurden bereits 109 Mio. Yuan erreicht.

Während einer kürzlich in Beijing geführten Diskussion über die Strategien für die offenen Küstenstädte wurde darauf hingewiesen, daß auf zwei Gebieten Anstrengungen unternommen werden sollten: Die makroökonomische Kontrolle sollte verstärkt werden, um Bedingungen zu schaffen, die eine weitere Öffnung erlauben. Zum anderen sollten die Küstenstädte nicht zu viele neue Projekte beginnen, sondern ihr Augenmerk auf die Stärkung der bestehenden Unternehmen bzw. Projekte richten; zunächst einmal sollen die vorhandenen Projekte integriert werden, so daß die Ergebnisse konsolidiert werden könnten. (Xinhua, 1.9.86, zit. nach SWB, 17.9.86) -lou-

#### **BINNENWIRTSCHAFT**

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(26)

#### **Rundschreiben über wirtschaftliche Ergebnisse des ersten Halbjahres 1986**

Die Zentrale Wirtschaftskommission sowie das Zentrale Statistikamt gaben ein Rundschreiben über die Erfüllung der wichtigsten Wirtschaftsziele in den Industrie- und Kommunikationssektoren in der ersten Hälfte des Jahres 1986 heraus. Es folgen wichtige Passagen aus diesem Rundschreiben:

In der ersten Hälfte des Jahres 1986 breitete sich die Produktion in der Industrie und im Kommunikationswesen in stetiger und koordinierter Weise aus; der gesamte industrielle Bruttoproduktionswert nahm um 4,9% zu; die Produktion von Energie, von Roh- und Halbfertigmaterialien war ganz gut; die Versorgung der Märkte mit leicht-absetzbaren Produkten nahm ganz beträchtlich zu; das Außenhandelsvolumen stieg bemerkenswert und der Transport- und Kommunikationssektor übererfüllte seine Pläne. Die wirtschaftliche Situation war im ganzen gut. Dennoch stellen unbefriedigende Wirtschaftsergebnisse ein wichtiges Problem bei der gegenwärtigen Industrieproduktion dar. Nach den Statistiken sanken in den ersten sechs Monaten des Jahres 1986 die Gewinne und Steuern der staatseigenen Industrieunternehmen um 2,2% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Gewinne und Steuern, die an den Staat überwiesen wurden, sanken um 1,8%. Die Kosten vergleichbarer